

Die EU-Erweiterung war für Ostbayern ein Segen

EUROPA Der Fall der Barrieren hat der Wirtschaft gutgetan. Einige Vorhersagen haben sich als falsch erwiesen.

VON BERNHARD FLEISCHMANN, MZ

REGENSBURG. Konkurrenz für Arbeitnehmer durch einfallende Ost-Billigkräfte, sinkende Löhne, massenhafte Verlagerung von Jobs – die Erwartungen an die EU-Osterweiterung vor fünf Jahren waren in der ostbayerischen Bevölkerung eher pessimistisch. Weitgehend zu Unrecht, wie auf einer Tagung der Akademie für Politische Bildung (Tutzing) und des Osteuropa-Instituts gestern in Regensburg deutlich wurde. Unterm Strich haben die grenznahen Landkreise profitiert. Und das nicht erst mit der Aufnahme der Beitrittsländer 2004, sondern viel stärker schon ab 1989, als die Grenzen geöffnet wurden. Laut Nicole Litzel (IAB, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung) haben sich entlang der Grenze zu Tschechien Netzwerke gebildet und zu regionalen Clustern entwickelt. Je globaler die Wirtschaft, desto wichtiger würden regionale Standortfaktoren. „Es konkur-



Die Grenzbarrieren sind weg: Ostbayern profitiert davon. Foto: Archiv

rieren nicht nur nationale Volkswirtschaften, sondern auch Regionen. Die müssen sich positionieren“, lautet eine Erkenntnis. Das hat der Landkreis Cham getan. Zu seinem Mechatronik-Cluster zählen heute zwei tschechische Firmen, so Wirtschaftsförderer Dr. Markus Lemberger. Ein grenzüberschreitendes Wirtschaftsportal und eine Vernetzung der Bürger (etwa gemeinsame Schulung von Fachkräften) brachten eine „bayernweit einzigartige Dynamik“ am Arbeitsmarkt – die Arbeitslo-

KULTUR UND TOURISMUS HELFEN DER WIRTSCHAFT

- **Die EU-Erweiterung** 2004 war die fünfte und bisher größte Erweiterung der Europäischen Union. Sie trat am 1. Mai 2004 in Kraft.
- **Die Beitrittsländer waren:** Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn und Zypern. Am 1. Januar 2007 sind auch Rumänien und Bulgarien aufgenommen worden.
- **Mehr Wohlstand** und eine höhere Wettbewerbsfähigkeit sind nach Erkenntnissen der EU-Kommission das Ergebnis der Erweiterung. Die Beschäfti-

gung sank binnen zehn Jahren von 15 auf bis zu 2,8 Prozent. Direkt an der Grenze liegt Furth im Wald. Bürgermeister Johannes Müller nennt den neuen „Drachen(stau)see“ auf deutscher Seite, wenige Kilometer von der Grenze entfernt. Radwege werden von Tschechien dorthin führen, man verspricht sich auf beiden Seiten touristische Impulse. Schulen kooperieren ebenso wie Feuerwehren. Wie die Wissenschaftler erwartet haben, siedelten sich an der Grenze zusätzliche Firmen an. Überrascht hat

- **Die Integration** soll weiter gefördert werden, allerdings mit größerer Betonung der „Soft“-Faktoren, so Kaspar Sammer, Geschäftsführer der Euregio Bayern. Dazu zählten etwa Kultur und Tourismus. „Wir müssen die Barrieren im Kopf abbauen. Je mehr das gelingt, umso besser ist das für die Wirtschaftsentwicklung.“ (fl)

dagegen, dass Betriebe unerwartet viele höher qualifizierte Arbeitsplätze nach Osten verlagerten. Man ging eigentlich davon aus, dass vor allem Tätigkeiten mit geringer Qualifikation abwanderten. Insgesamt aber sei die Zahl der Stellen auf beiden Seiten der Grenze gewachsen, im Osten mehr, aber eben auch im Westen. Umgekehrt blieb die Invasion der Tschechen aus. Nicht mal innerhalb Tschechiens würden die Menschen von den schwachen nördlichen Regionen ins 100 Kilometer entfernte Prag

gehen, wo Vollbeschäftigung herrsche, stellte Dr. Michael Moritz (IAB) fest. Obendrein ist die Arbeitslosigkeit in den westtschechischen Gebieten Pilsen und Südböhmen gering. Hier sind von 2001 bis 2008 die Löhne um 40 Prozent gestiegen. Der Durchschnittslohn von fünf Euro beweis: „Tschechien ist kein Billiglohnland mehr.“ Auf der anderen Seite ist auch die Arbeitslosenquote in Niederbayern und der Oberpfalz massiv gesunken, hat sich besser entwickelt als der Bundesdurchschnitt. Bei den Löhnen hat Ostbayern stetig aufgeholt und heute fast das Durchschnittsniveau des ganzen Landes erreicht. Andererseits – und das erstaunte die Wissenschaftler – hatte die EU-Osterweiterung so gut wie keine Auswirkungen auf den Strukturwandel der Wirtschaft. Die langfristigen Trends setzten sich laut Moritz einfach fort. Ebenso das Verhältnis von gering zu gut qualifizierten Beschäftigten. Warum dann Deutschland und Österreich als einzige EU-„Altländer“ die Arbeitnehmerfreizügigkeit zum Osten weiter einschränken wollen, ist für die Experten allein mit politischen Erwägungen erklärbar: Osteuropa-Institutsdirektor Professor Jürgen Jerger: „Es ist halt blöd, dass gerade Wahlkampf ist.“